

Europas Feigheit vor der Hisbollah

von Matthias Küntzel

„Sonnenstrand“ – heißt Bulgariens größter Touristenort am Schwarzen Meer. „Sonnenstrand“ – war der Zielort des Busses, den 40 israelische Touristen am 18. Juli letzten Jahres am Flughafen von Burgas bestiegen. Dann detonierte eine Bombe. Der Bus wurde zum Feuerball. Leichenteile flogen durch die Luft. Sieben Tote, darunter fünf Israelis, blieben zurück. 32 Touristen wurden zum Teil schwer verletzt. Wer hatte die Bombe gezündet? Die bulgarische Regierung schwieg, nahm aber die Ermittlungen auf.

Erst jetzt ließ sie die Katze aus dem Sack: Nach den Erkenntnissen der Ermittler reisten Hisbollah-Kader von Beirut über Warschau und Sofia nach Burgas, um den Anschlag auszuführen. Einer wurde bei dem Attentat getötet, die beiden anderen flohen über Rumänien und die Türkei in den Libanon zurück.¹

Die Hisbollah wird von Teheran finanziert. Sie gilt als der am besten ausgerüstete und trainierte Terrorverband der Welt. Ihren Anschlägen sollen mehr als 1.000 Zivilisten oder UN-Friedenssoldaten zum Opfer gefallen sein.² Heute ist die Hisbollah besonders in Syrien aktiv, wo sie an der Seite Assads den Aufstand der Syrer blutig unterdrückt.

Und doch brach Bulgarien mit der öffentlichen Nennung der Hisbollah ein Tabu, hat doch Europa die Konfrontation mit ihr stets gescheut. Man verständigte sich stattdessen auf eine Art Stillhalteabkommen: Solange ihr Europa vor eurem Terror verschont, lassen wir euch in Europa in Ruhe.

¹Matthew Brunwasser and Nicholas Kulish, Multinational Search in Bulgaria Blast, in: New York Times, February 6, 2013.

²Alexander Ritzmann, Die Hisbollah wird in Deutschland unterschätzt, in: Die Welt, 13. August 2008 sowie CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mißfelder: Hisbollah auf die Terrorliste der Europäischen Union setzen, Berlin, 6. Februar 2013.

In Ruhe lassen bedeutet: Wir führen die Hisbollah auf der europäischen Liste der Terrororganisationen *nicht* mit auf. Wir gestatten ihr, in Europa Geld einzutreiben, Eigenwerbung zu betreiben und Attentäter zu rekrutieren. In Deutschland ist die Hisbollah mit beinahe 1.000 Mitgliedern besonders stark. Hier konnte man bis vor kurzem die Spenden für einen Hisbollah-Tarnverein sogar von der Steuer absetzen.³ Immer wieder haben sich Washington und Jerusalem über diese Form von Komplizenschaft mit einer Gruppe, die es auf die Zerstörung Israels und des Westens abgesehen hat, empört.

Jetzt aber ändert die Bombe von Burgas das Bild. Philipp Mißfelder, der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sieht „in den Ereignissen in Bulgarien einen Weckruf.“ Jetzt müsse die EU „ihre Instrumente zur Einstufung der Hisbollah als Terrororganisation nutzen“. Jetzt müsse Deutschland die Hisbollah „notfalls im nationalen Alleingang“ verbieten.⁴

FDP-Politiker erheben einen Einwand. Wenn auch der militärische Arm der Hisbollah vielleicht auf die Terrorliste gehöre, so doch nicht ihr politischer Flügel, der im Libanon einfach zu einflussreich sei. Beide Flügel sind jedoch untrennbar verbunden: Der Generalsekretär der politischen Partei Hisbollah führt gleichzeitig auch deren Milizen an.

Der eigentliche Beweggrund, warum bislang gegen die Hisbollah wenig unternommen wurde, ist die Angst. Nicht umsonst prahlt Teheran mit seiner Fähigkeit, Terrorkommandos nach Gusto losschicken zu können. „Es herrscht die allgemeine Furcht“, erklärt Sylke Tempel, eine Berliner Außenpolitik-Expertin, „dass, wenn wir hierüber [das Attentat von Burgas] zu viel Geschrei

³Der neueste vorliegende Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2011 spricht von 950 Mitgliedern. (2010: 900) und erwähnt den in Göttingen ansässigen und bundesweit tätigen Spendensammel-Verein „Waisenkinderprojekt Libanon e.V.“ (WPK). „Die in Deutschland vom WPK gesammelten Gelder werden an die „al-Shahid Association“ („Märtyrer-Stiftung“) mit Sitz im Libanon transferiert, die Teil des Sozialnetzwerkes der „Hizb Allah“ ist. Die von Deutschland aus feststellbaren finanziellen sowie logistischen Hilfen für die „Hizb Allah“ im Libanon fördern den bewaffneten Kampf gegen Israel. Dessen Akteure erfahren aus dem Bewusstsein, dass die Hinterbliebenen der „Märtyrer“ eine gesicherte finanzielle und soziale Versorgung erhalten, eine unterstützende Motivation, ihr Leben im Kampf gegen Israel zu opfern.“

(Verfassungsschutzbericht 2011, S. 275.) Bis 2010 waren Spenden für den WPK steuerlich absetzbar. „Dem WPK wurde vor kurzem die Gemeinnützigkeit entzogen“, erklärte die niedersächsische Landesregierung am 20. April 2010 in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der CDU und der FDP zum Thema „Extremismus in Niedersachsen“.

⁴ Telefonische Mitteilung des MdB Philipp Mißfelder gegenüber dem Verfasser, 11. Februar 2013.

machen, Hisbollah erneut zuschlagen könnte, und dass es dann keine israelischen Touristen trifft.“⁵

Sollen wir aber eine Terrorgruppe als solche nicht benennen, weil wir ihren Terror fürchten? Sichern wir ihren Handlungsspielraum, solange ihr Terror in Europa „nur“ auf Juden zielt? Dies hieße, ein Krokodil in der Hoffnung füttern, dass es uns als letzte frisst.

Gewiss, auch in Sofia wurden Stimmen laut, die vor Racheakten der Hisbollah warnten. Bulgariens Außenminister Nikolay Mladenov ging auf diese Ängste ein: „Wenn wir der Versuchung erlegen wären, die Wahrheit zu verschleiern, dann würde die Botschaft an die ganze Welt sein: Hier könnt Ihr alles machen. Das ist nicht die Botschaft, die Bulgarien senden darf.“⁶ Und die Europäische Union, so füge ich hinzu, schon gar nicht!

Diesen Beitrag sendete Deutschlandradio Kultur am 15. Februar 2013 in der seiner Reihe „Politisches Feuilleton“.

Berlin und die Hisbollah

Zur Vorbereitung des obenstehenden Beitrags für DRadio Kultur wandte ich mich am 8. Februar 2013 an die außenpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der im Bundestag vertretenen Fraktionen:

„Der Abschlussbericht der bulgarischen Regierung hat die Hisbollah für den Bombenanschlag in Burgas von Juli 2012 verantwortlich gemacht. Seither hat sich der Ruf, die Europäische Union möge die Hisbollah auf ihrer Terrorliste setzen, verstärkt. Soll sich die Bundesregierung für diese Listung einsetzen oder nicht?“

Die Fraktionen der Regierungsparteien kamen meiner Bitte nach: Philipp Mißfelder (CDU/CSU) meldete sich telefonisch mit den Aussagen, die ich in

⁵ Nicholas Kulish and Matthew Brunwasser, Europeans Await Report on Bus Blast in Bulgaria, in: New York Times, February 4, 2013.

⁶ Karla Engelhard, Gefährlicher Verdacht mit unabsehbaren Folgen, Deutschlandfunk, 8. Februar 2013.

meinem Beitrag zitiere. Der außenpolitischer Sprecher der FDP-Bundesfraktion, Rainer Stinner sandte mit eine Stellungnahme, die von der Position des außenpolitischen Sprechers der Unionsparteien deutlich abweicht:

„Falls sich herausstellen sollte, dass die Hisbollah insgesamt und insbesondere auch ihre Führung unmittelbar Terrorakte durchführt, muss sie als Terrororganisation gelistet werden. Bis dahin muss mit aller Kraft versucht werden, der Täter von Terroranschlägen habhaft zu werden. Dafür kann eine Teillistung, z.B. des militärischen Arms der Hisbollah, sinnvoll sein. Die Hisbollah ist eine führende Kraft im Libanon. Ob wir das gut finden oder nicht, ohne sie wird eine dauerhafte Lösung des Regionalkonflikts nicht möglich sein. Das mag nicht der politischen Ästhetik entsprechen, aber der Realpolitik.“

Die Büros der außenpolitischen Sprecher der Oppositionsparteien, Rolf Mützenich (SPD) und Wolfgang Gehrke (Linkspartei) verweigerten jede Reaktion. Bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen war dies anders. „Vielen Dank für Ihre Anfrage“, schrieb am 8. Februar eine Mitarbeiterin der außenpolitischen Sprecherin Kerstin Müller:

„Leider ist es Frau Müller aufgrund der sitzungsfeien Zeit nicht möglich, Ihnen die Position der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Abschlussbericht über den Bombenanschlag in Burgas bis zum 11.02.2013 mitzuteilen.“

Ich bedankte mich für diese Antwort und schrieb:

„Es handelt sich bei der sitzungsfreien Zeit nicht um Parlamentsferien, sondern um die Woche, in der in der Regel weniger Alltagsstress herrscht als in Sitzungswochen. Ich möchte Sie also erneut um eine Stellungnahme bitte - bis heute um 15.00 Uhr. Falls Ihre Fraktion noch keine einheitliche Haltung zur Frage der Hisbollah-Listung ‚nach Burgas‘ entwickelt haben sollte, wäre auch dies eine Aussage, mit dem ich etwas anfangen kann.“

Leider traf auch jetzt keine Äußerung bei mir ein.

